

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweisrückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandsgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Absender:

Ort, Datum

An die zuständige Meldestelle vorab per FAX Nr :
Anschrift der Meldestelle:

Nochmalige Aufforderung wegen unzumutbarem Rückstand nach internationalen Abkommen in der Bearbeitung des Formblattes R11 zur Bestätigung, daß ich und meine Familie auch in Zukunft keine EU-Bürger werden.

Dieses Schreiben und das ihnen bereits mit Zeugen übergebene Formblatt R11 war und ist eine ausdrückliche Willenserklärung und eine Aufforderung die internationalen Abkommen und die HLKO Artikel 43 (Einhaltung des staatlichen Landesrechtes vom 27.10.1918), also auch das RuStAG 1913 vollumfänglich zu erfüllen, welche wegen Weitergeltung der HLKO aus dem Ersten Weltkrieg aufgrund des Waffenstillstandes von Compiègne und der Verfügung über Auflassung und Recht der Kriegsendeerklärung vom 18.5.1918 und wegen §50 EGBGB wonach weder Gesetzestext verändert, noch aufgehoben werden darf und anderslautende Veröffentlichungen und Propaganda, die Verwirrung stiften sollen, sind offiziell aufzuheben und die Weiterverbreitung zu verbieten, weil es in letzter Konsequenz zum Straftatbestand 107a StGB Wahlbetrug mit gefälschter Staatsangehörigkeit DEUTSCH führt und sich alle Wahlleiter, Wahlkommissionen und alle Regierungsparteien nach 1955 wahlrechtlich strafbar gemacht haben.

Die Bundesrepublik hat die Abkommen zur Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK samt Strafklauseln bei Verstößen unterschrieben und diese sind vom Bundestag ratifiziert worden, also hat sich die Bundesrepublik und alle ihre durch Wahlen nach Bundesrecht oder Freistaatenrecht (nichtstaatlich) entstandenen Untergliederungen daran ohne Beachtung anderslautender und damit völkerrechtlich betrügerischer Dienstanweisungen zu halten.

Ich und meine Familie behalten und vor einer Klagegemeinschaft zur Vereinsklage der korrekten Feststellung der Staatsangehörigkeit und damit amtliche Feststellung von Wahlbetrug seit 1955 für alle Deutschen in Genf beizutreten und die BRD mit empfindlichen völkerrechtlichen Strafen zu strikten Einhaltung der internationalen Abkommen anzuhalten, vor allem der HLKO, andernfalls Russland um Hilfe anzurufen, um Genf zu veranlassen, daß für alle Bewohner Mitteldeutschland und damit wegen Gleichbehandlungsgrundsatz alle Deutschen, die die kaiserliche Staatsangehörigkeit wegen Täuschung im Rechtsverkehr mit dem Gelben Schein (ein Scheindokument im wahrsten Sinne des Wortes) zurückhaben wollen und internationale Pässe durch eine der vier Besatzungsmächte wegen Visarecht notstandsrechtlich mit dem kaiserlichen Siegel ausgestellt werden, die den offiziellen Pässen des Kaiserreiches zu endgültigen Wiedereinbürgerung in den kaiserlichen Rechtsstaat und zum Schutz vor Scheingerichten der BRD gleichgestellt sind, denn die BRD ist seit dem Urteil des EuGH Selim Sürmeli gegen BRD höchstrichterlich festgestellt kein Rechtsstaat mehr und damit ist die ordnungsgemäße Rechtspflege eines Verwarstaates nach Genfer Konvention nicht mehr gewährleistet und der rechtmäßige Staat und seine Rechtspflege wieder herzustellen, weil die BRD als Notstandsleiter in jeder Beziehung versagt hat und keine Chance auf notstandsrechtliche Entlastung besteht und damit kein Gesetz der BRD vor dem Staat Bestand haben kann.

Hierbei ist die Fristenregelung nach BGB und die 21-Tage-Frist für visarechtliche Abkommen in Verbindung mit der Genfer Konvention zur Pflicht des Verwarstaates (hier die NGO BRD) die Staatsangehörigkeit nach den gültigen Gesetz und nicht nach den willkürlich weiter angewandten NS-Gesetzen oder Gesetzen des Terrorstaates Weimarer Republik gegen den Staat korrekt zu bestimmen und zu bestätigen, also nicht absichtlich falsch zu vermuten, um die Menschen mit Mißbrauch von

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweiserückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

NS-Gesetzen oder Gesetzen und Verfassung der Weimarer Verfassung zu versklaven und zu entrechteten. (Veröffentlichung des BMI zur angeblichen Staatsangehörigkeit Deutsch)

Beweis: In der Anlage vorliegenden Kopie eines Passes wird bewiesen, daß bis 1944 die Staatsangehörigkeit Deutsches Reich (kurz D.R.) bestanden hat, also es gar keine „Reichsbürger“ gibt und der NS-Staat keinen neuen Staat im Kaiserreich gründete, weil Hitler nachweislich mindestens zu Lebzeiten des Kaisers also bis 1941 keine Verweserrechte hatte und somit keine Gesetze ausfertigen durfte und auch der Krieg mangels Anwesenheit der Wahlberechtigten keine reguläre Verweserwahl des Staates zulies. Was zu beweisen war.

Weitere Beweisführung und Rechtsfolgen der Feststellung der gefälschten Staatsangehörigkeit DEUTSCH

Also ist die Staatsangehörigkeit der BRD „DEUTSCH“ lediglich eine Kriegsliege und von der UN und der EU organisiertes Völkerrechtsverbrechen gegen das Deutsche Volk und wir alle sind immer noch in der Kaiserlichen Monarchie mit Rechtstand vom Tag vor dem Putsch vom 28.10.1918 durch Max von Baden samt SPD, linken Flügel, Zentrumspartei und Soldatenrat also mit Rechtstand vom 27.10.1918, denn während eines Putsches ist die Staatseigenschaft nach Staatendefinition also Staatsmacht (Staatenbund Kaiserreich und seine 26 Bundesstaaten), Staatsvolk (Deutsches Reich), Staatsgebiet (Grenzen vom 27.10.1918 ohne Versailler Diktat) und keine Fremdbestimmung (Besatzung) in diesen drei Bestandteilen wegen Mangel in der vollen Ausübung der Staatsmacht nicht erfüllt, also ist auch die BRD wegen Weitergeltung der Besatzervorbehalte vor allem in Berlin kein Staat und hat keine eigene Staatsangehörigen und folglich auch keine Staatsangehörigkeit zu vergeben, aber wir alle haben ein Anrecht auf die letzte korrekte Staatsangehörigkeit, nämlich mit Rechtstand 27.10.1918 und zwar nach RuStAG 1913 und alle anderen haben lediglich ein Aufenthaltsrecht zu beanspruchen, wenn sie sich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unterordnen und keine Gefahr für die ungestörte Lebensentfaltung, Religionsausübung, Kultur und ausreichende soziale Absicherung bis ins Alter besteht, die derzeit nicht gewährleistet wird, weil die voll Alimientierungsätze nach HLKO für sozial bedürftige und Rentner widerrechtlich nicht ausgezahlt werden.

Die Regierung Merkel ist also gemäß dieser Beweisführung lediglich verantwortlicher Rechtsnachfolger der Terrorregierung Weimarer Republik und zionistisch verfälschtem Nationalsozialismus gegen den Staat wegen Übernahme von Teilen der Weimar Verfassung und Mißbrauch der Gesetze des Nationalsozialismus und deren Siegel auf dem Reisepass.

Der Staat ist weder der Zionismus, noch der Nationalsozialismus, noch die Weimarer Republik, noch die BRD, denn der kaiserliche Staat ist noch handlungsunfähig weil noch keine Organisation einer Verweserwahl seit Kriegsende stattgefunden hat und das deswegen weil man uns 100 Jahre lang unsere staatsbürgerlichen Rechte entzogen um soziale Absicherung und Rente betrogen und uns über unseren Staat belogen hat!

Ohne rechtmäßig durch Referendum über die Siegelrecht gewählten Verweser oder direkt vom Volk eingesetzten und vor dem Volk vereidigten und von makellosen Geistlichen nach Protokoll eingesegneten und gesalbten Kaiser oder König ist keine Regierung gemäß HLKO Artikel 43 rechtmäßig im Amt ist.

Die Verfahrensweise zur direkten Einsetzung eines Königs nach dem Tod des Königs vom Preußen und Kaisers 1941 in Berlin durch das Volk nach Ende der Kampfhandlungen und abschließend erfolgte Heimkehr in die Heimat durch Entlassung aus der Besatzung in die Bundesstaatenangehörigkeit hat sich seit es Könige gibt nicht geändert und findet sich auch im Alten Testament bei 1.Samuel 9. Wenn man so will waren damals die Römer die Besatzer und heute ist es die EU mit den römischen Statuten, also nach den Sieg in der Varusschlacht im Jahre 9 .n. Chr. die illegale Fortsetzung des römischen Sklavenhalterrechtes auf germanischem Stammesgebiet in den Grenzen vom Jahre 9 .n. Chr.

In Deutschland haben wir eine Besonderheit weil der Adel in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen gemeinsam mit Max von Baden am Verrat gegen König und Kaiser durch Weimarer Geheimlogenverbände mitbeteiligt war und damit das Recht auf die Thronfolge ohne Einsetzung durch das Volk verwirkt hat und durch das Volk zu enteignen und in den Arbeitsprozess wieder einzugliedern war, um das Leben der Abtrünnigen zu schonen, denn andernfalls hätte eine Hochverratsprozess durchgeführt werden müssen oder die Adligen haben auf die Thronfolge ohne Erpressung und Drohungen aus Mangel an Treue zum Kaiser

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweisrückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandsgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

verzichtet und sind damit für ein Thronfolge wegen charakterlichen Defiziten in der Position eines Monarchen ungeeignet und stellen sonst wegen verschwenderischem Eigennutz und Realitätsverlust durch übersteigerten Standesdünkel eine Gefahr für die Stabilität des Staates und die öffentlichen Sicherheit dar.

Beweisführung die EU ist ein grundgesetzwidrige, faschistische Diktatur

Sollte die Bestätigung ausbleiben muß von einem kalten, politischen Putsch gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und gegen das Volk durch die Bundesregierung und die EU ausgegangen werden, die sich zum Erfüllungsgehilfen der EZB, also letztlich einem Parlament der privaten EZB-Bank gemacht hat und damit Grundgesetz Artikel 20 (4) Anwendung zu finden hat, denn die abhängige Verbindung von Politik und Wirtschaft ist nach Benito Amilcare Andrea Mussolini die Definition von Faschismus, diesmal eben nicht mit NS-Flaggen sondern mit dem gelb-blauem Sternelogo des zionistischen Geldadels, nämlich die Finanzierer der beiden Weltkriege.

die gegenüber dem Staat in Sinne das Staatsangehörigengesetzes mit in der gültigen Fassung des Ausfertigungsdatum 22.7.1913 feindstaatlich ausgestellt ist, weil die EU und die UN der Feindstaatenverband gegen das Kaiserreich war und ist. Das das Volk einen Kaiser gewollt hat und immer noch will steht außer Frage

visarechtlich, noch bezüglich ESM-Haftung zu werden allein aus dem Aufzwingen des EU-Reisepasses, da der grüne Reise der BRD nicht oder nur gegen Ankündigung der Strafverfolgung wegen Rechtsbeugung und dann nur 1 Jahr gültig ausgegeben wird. Das ist Nötigung und Volksbetrug.

gegen meinen Willen zu werden und Mahnung wegen Rückstand in der Bearbeitung des Formblattes R11 Rückgabe des Personalausweises und wegen Inanspruchnahme §1(2) PAuswG mit Kündigung der Personaleigenschaft und Rückforderung der Bundesstaatenangehörigkeit nach RuStAG 1913

Zusammenfassung

ich, meine Familie und meine Freunde haben durch Gegenüberstellung von diversen Behördenschreiben den Nachweis erbracht, daß die Staatsanhörigkeit DEUTSCH vorsätzlich von der BRD gefälscht wurde und haben dies gegenüber allen friedliebenden Völkern, gegenüber allen Besatzungsmächten und der Öffentlichkeit gerichtsverwertbar dokumentiert. Die Aktenlage wird dem Staat, also durch das deutsche Volk durch Verweserwahlen ab 2017 handlungsfähigen 26 Bundesstaaten zur weiteren Strafverfolgung vorgelegt.

Beschreibung des dringenden Handlungsbedarfes

Frau Merkel hat die Bundespresseagenten angewiesen, die Menschen bezüglich der für die Versorgungssicherheit und öffentlichen Ordnung bedrohlichen Situation zu belügen, was zu heftigen Protesten unter den Presseagenturen geführt hatte.

Folglich ist davon auszugehen, daß die BRD mit Medienlügen und gegen den Willen des Volkes und sogar unter Verletzung des Grundgesetzes für die BRD illegal errichteten Personalstatut die Bewohner des Bundesgebietes in den Grenzen des Staates vom 27.10.1918, um ihre vollen Rentenansprüche, um ihre volle soziale Absicherung durch den HLKO Alimentierungssatz, um ihre Bodenrechte und um ihre staatsbürgerlichen Schutzrechte nach Artikel 20 Grundgesetz und nach EGBGB §50 gegenüber der Scheingerichtbarkeit der BRD und auch gegenüber der mangels rechtsgültigen Staatsvertrag illegalen GEZ betrügt.

Die GEZ hat nur Bestand weil der noch handlungsunfähige Staat den gefälschten Staatsvertrag noch nicht verwerfen, verbieten und die Nutznießer wegen Hochverrat bestrafen kann, wobei die BRD und deren Freistaaten einen Staatsvertrag gar nicht unterschreiben dürfen und er auch nicht vom Staat unterschrieben wurde, also wieder Betrug im Spiel ist.

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweiserückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Dem ständigen Volksbetrug muß, um des sozialen Friedens willen und der Erfüllung internationaler Abkommen wie der HLKO ein Ende gesetzt werden, denn wie Volker Pispers es im Kabarett als einzig erlaubte Wahrheitsplattform formulierte. „Kapitalismus im Endstadium ist Bürgerkrieg“.

Das der Kapitalismus sich im Endstadium befindet hat die EZB selbst schon oft genug mit nichtsnutzigen Rettungspaketen also Verschlimmbesserungen der schlimmen Lage und Geheimverträgen zur Enteignung des Volkes und Vertreibung von Grund und Boden bewiesen.

Man hält das System nur noch mit bunten Zetteln drucken und Lügen verbreiten am Laufen. Man kann sich aber nicht aus der Schuld drucken und das Erwachen in der Realität wird brutal sowohl für die Betroffenen, als auch für die Schuldigen.

Der einzige Ausweg ist die Wahl des gesetzlichen Gesetzgebers, wie es die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vorsieht, die der Bundestag im Dezember 2012 bereits ratifiziert hatte.

Das Bundesverfassungsgericht hatte jedoch auch festgestellt, daß der Bundestag wegen Eingriff in die staatliche Wahlordnung 1955 seit 1955 kein gesetzlicher Gesetzgeber war und ist, also bleibt uns nur eine Verweserwahl bis zum 27.10.2017 und zwar nur mit staatlicher Wahlordnung, also wahlberechtigten RuStAG-Staatsangehörigen (ohne Gelben Schein) die staatliche Ordnung und den gesetzlichen Gesetzgeber wieder herzustellen oder die wenig erfreuliche Alternative wäre ein Bürgerkrieg mit Baumarkt Waffen.

Ein Bürgerkrieg mit Baumarkt Waffen wäre zwar nachhaltiger, ist aber wegen den hohen Opferzahlen 10 geschwungene Äxten gegen einen Scheinbeamten mit regulären Waffen keine sinnvolle Option, nur sieht das die BRD anders und will das Volk mit Verblödungsfernsehen, politischen Druck und weiterer Entrechtung bis zum Bürgerkrieg reizen oder Plan B mittels der in Hundertschaften auf Urlaub in Deutschland eingeschleppten Schläfer des ISIS unter Migranten einen blutigen Bürgerkrieg direkt auslösen. Man hat dazu Schläfer in den Polizeiapparat und die Bundeswehr eingeschleust, die später ihre Kollegen auf Befehl des ISIS umbringen sollen, um auf diese Weise das Land zu übernehmen.

Beide Pläne wurden durch die Logenverbände hinter der Regierung Merkel als Angriffskrieg gegen das Volk vorbereitet und das läuft derzeit ab.

Die Bundeswehr und die Polizei sieht dem Hochverratstreiben derzeit noch tatenlos zu. Es ist also von einer Unterwanderung der Kontrollstrukturen von Polizei und Bundeswehr mittels Geheimlogen oder einem Bestechungsskandal auszugehen.

Bearbeitungsfristen der R11 bei Staat und Nichtstaat (NGO)

Sollte sich die BRD „als im Staat befindlich“, also als illegal tätige, weil gesetzesübertretende Verwaltung des Kaiserreiches betrachten, dann hat sie nach Verwaltungsrecht nur 14 Tage Zeit, um die Kündigung der Personaleigenschaft, also die Beendigung der Sklaverei für die BRD weitgehend folgenlos zu bestätigen, da die Entschädigungen dann Teil der notwendigen Verwaltungskosten nach HLKO wären, andernfalls die BRD als NGO wegen der Notstandsrechte von 1914 für die Folgeschäden (GEZ, Steuern und Rente) zeitlich und betragsmäßig unbeschränkt haften müsste, denn der westliche Besatzer hat erklärt, daß er nicht für die Gesetzesübertretungen der BRD (SHAEF-Gesetz, Bundesbereinigungsrecht) haften will, also die BRD und ihre Bediensteten selber haften sollen. So frisst sich das System eben dann selber auf.

Wenn die BRD sich aber selbst außerhalb des Staates betrachtet, also sich selbst auch als NGO sieht, was Genscher ja auch bei der UNO so angegeben hatte, dann wären es 21 Tage nach den internationalen Abkommen zum Visarecht und der von der BRD ratifizierten Genfer Konvention, aber genau dann darf die BRD keine Gesetze ausfertigen, löschen, ändern oder Staatsverträge schließen und muß folglich auch alle GEZ-Gebühren wegen Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr rückwirkend zurückzahlen und die Rechtstellung der Bundesstaatenanhanghörigkeit bestätigen, was hiermit gefordert wird.

Ist die Frist aber bereits überschritten ist der Fall auch klar, dann handelt es sich um eine rechtswidrig agierende NGO, die sich gegen das Grundgesetz aufstellt und es greift das Widerstandsrecht nach Artikel 20(4) GG.

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweisrückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Bei dieser Betrachtung ist der Frage der Steuern bewusst noch gar nicht angerissen, weil zunächst durch den Staat und nicht durch die BRD bestimmt werden müsste, wie hoch die „notwendigen Verwaltungskosten in den Grenzen vom 27.10.1918“ nach HLKO tatsächlich anzusetzen sind. Dann erst kann über die Steuerfrage selbst entschieden werden.

Das heißt ich behalte mir die Rückforderung der zu viel gezahlten Steuern in jedem Fall offen, denn der Spitzensteuersatz des Kaiserreiches selbst für „Superreiche“ lag bei 14%, also habe ich in jedem noch Anspruch auf reichlich Erstattung, doch das ist nicht das Thema dieses Schreibens. Es geht hier nur um die Staatsangehörigkeit und den Schadenersatzanspruch wegen Täuschung im Rechtsverkehr.

Herleitung der Art und Weise der entstandenen Zinsforderung als Folge der Nichtbearbeitung der R11

Die Zinsen für die Folgen der Nichtbearbeitung der R11 ab dem 21.Tag werden wegen Löschung des Einigungsvertrages durch Innenminister Klaus Kinkel in Verbindung mit den Veröffentlichungen des Bundestages unter Punkt 10.6 „ungültige und gelöschte Gesetze“ und damit der wieder bestehenden Rechtswirksamkeit der DM-Einführung in der DDR mit 17% Zinsniveau für Verbraucherkredite in DM umgerechnet und nach Umrechnung in Feingold fällig, denn um Gold mit EURO/DM Umrechnungssatz aufzurechnen, müsste man das Zinsniveau auf den Tag vor der Euroeinführung als Grundlage nehmen, da zwar die Zinsen der Bundesbank in DM aber nicht die Zinsen der EZB mit der Realinflation also dem angerichteten Schaden korrelieren, weil der EURO nicht an die Wirtschaftskraft gekoppelt ist und folglich ohne Wertschöpfung einfach nur im Computer in jeder gewünschten Größenordnung erzeugt wird.

Da allein die Scheingeldmenge das Volumen der kaufbaren Sachwerte um ein Vielfaches übersteigt, repräsentiert seit der erstmaligen Überdruckung der Euro keinen realen Wert mehr.

Wegen des Copyrightzeichens auf dem EURO-Schein und dem Fehlen der Währungserklärung des ausgebenden Staates ist der EURO nur ein öffentliches Zahlungsmittel, also Münzen und Scheine als Ersatz für neue ungedeckte EZB-Kredite ohne Rückzahlungsaussicht und damit zur Schadensregulierung ungeeignet, denn, wie gerade gezeigt worden ist der Euro nur ein fiktives Zahlungsmittel und keine reale Währung, denn es gibt es keine Einlöseverpflichtung mit jederzeit ein realer Schaden, den die BRD durch die Staatsangehörigkeit DEUTSCH bereits in der Vergangenheit angerichtet hatte, beglichen werden könnte, wie die EZB bereits betätigte.

Somit stimmt also was G.P. Morgan sagte: „Nur Gold ist Geld, alles andere ist Kredit“. Ein realer Schaden wird aber mit realem Geld reguliert und nicht mit neuen Krediten, da ein realer Wert ausgeglichen werden muss und ein EZB-Kredit in Schein- oder Münzform nur ein fiktives und aktuell unhaltbares Einlöseversprechen wäre.

Weil der EURO ohne Volksabstimmung und gegen den Willen des Volkes eingeführt worden ist, was Helmut Kohl später zugab und dies folglich eine Grundgesetzverletzung darstellte und im Schadensfall rückabgewickelt werden muss, ist nach Grundgesetz die Bundesregierung mit oder ohne Einigungsvertrag vollumfänglich dafür haftbar, weil sie ja jederzeit Schaden vom Volk abwenden könnte und die DM und die Staatsangehörigkeit jederzeit wieder herstellen könnte, was hiermit gefordert wird.

Weitere Beweisführung fehlender Staatlichkeit

Bisher war die BRD und ihre Freistaaten nicht in der Lage die entsprechenden Staatsgründungsurkunden vorzulegen, also ist davon auszugehen, daß der Grundgesetzschreiber Carlo Schmidt doch Recht hatte, als er öffentlich ausgesagt hatte, daß mit der Grundgesetzschaffung kein Staat gegründet wurde und heute wissen wir, daß wegen Weitergeltung der HLKO aus dem Ersten Weltkrieg kein neuer Staat gegründet werden durfte, also wurde er auch nicht gegründet solange die BRD die Staatsgründungsurkunde mit dem richtigen Datum und der richtigen Unterschrift nicht erbringen kann, denn eine bloße Behauptung hält auch vor Gericht dem Bestreiten nicht stand.

Auch der Nationalsozialismus schuf keinen neuen Staat, sondern setzte die durch Putsch (Terror) entstandene Weimarer Republik fort, was am Weimarer Reichsadler leicht zu beweisen ist, der nur ein

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweiserückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandsgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Markenrechtszeichen war und somit nichtstaatlichen Ursprungs ist. Das staatliche Wappen ist der Kaiseradler für den Staatenbund also das Außenverhältnis des Staates und eines der 26 Siegel der kaiserlichen Bundesstaaten für das Innenverhältnis. Es ist offensichtlich, daß der Adler auf dem Gelben Schein aus der Weimarer Republik stammt und wegen Feindstaatenzugehörigkeit der Weimarer Republik dieser Adler kein staatliches Siegel sein kann und wenn die BRD diesen Adler auf dem Reisepass benutzt damit gleichzeitig dokumentiert, selbst nicht staatlich zu sein, denn es gilt der Rechtsgrundsatz: Niemand kann mehr Rechte vererben, als er selbst hat.“ Die Weimarer Republik war ein Terrorstaat und der hat keine Rechte.

Wir haben also nach Kenntnis der Umstände für des Zustandekommens des Grundgesetzes und der Bedeutung der staatlichen Siegelrechte und durch die Vielzahl der unerfüllten Anforderungen der Staatsgründungsurkunde allein wegen der Häufung den hinreichend statistisch manifestierten Anscheinsverdacht einer vorsätzlich handelnden, kriminellen Regierung, also den strafrechtlich relevanten Anfangsverdacht des Hochverrates und Volksbetruges erbracht, der von der BRD bisher nicht widerlegt werden konnte.

Alle bestreitenden Verlautbarungen haben einer genaueren Nachprüfung nicht standgehalten und sich als Lügen erwiesen.

Weil das so ist und wegen Urteil des EuGH aufgrund des gerichtsverwertbar festgestellten Staatsaufbaumangels nun nicht mehr abgewendet werden kann, haben wir immer noch den kaiserlichen Staat vorliegen, der den Untergang des Nationalsozialismus überlebt hat, wie sich das Bundesverfassungsgericht, welches eigentlich Grundgesetzgericht heißen müsste, wörtlich in dieser Frage ausdrückte und zwar weil es nicht über die Verfassung und über die Grenzziehung zu entscheiden hat und auch selbst bisher nur Scheinurteile erzeugte. Das Grundgesetz gilt nur für die NGO Bundesrepublik und nicht für den Staat. Nur der Staat selbst, also der Kaiser oder sein Verweser dürfte Grenzen verrücken. Dies hat Theo Waigel ebenso nochmal auf dem Schlesiertreffen klargestellt. Damit sind die Grenzen nach Artikel 116 Grundgesetz als Wahlgrundlage nämlich die Anzahl der Wahlberechtigten und das Wahlgebiet falsch bestimmt worden.

Beweis Ende.

Rechtsfolgen aus fehlender Staatlichkeit

Ist ist nach dem Beweis der fehlenden Staatlichkeit die BRD kein Staat sondern eine NGO, dann darf sie folglich keine Staatsangehörigenausweise ausstellen und nach RuStAG mangels Zustimmung der anderen Bundesstaaten auch keine Einbürgerungen vornehmen und auch das RuStAG wegen EGBGB §50 nicht aufheben, also sind das alles Fakes. Das heißt vom Reisepass über GEZ bis zum Perso alles nur Betrug.

Das ist also die bittere Wahrheit, die wir in 20 Jahren mühsamer Recherche und Wahrheitssuche herausgefunden haben und nach Beschluss des EuGH Selim Sürmeli gegen BRD sind die Besatzungsmächte zumindest teilweise dafür mit verantwortlich und haben dem Deutschen Volk folglich auch Schadenersatz zu leisten.

Da wegen der Verfügung über die Form der Auflassung vom 18.5.1918 das Kriegsende nur durch den Monarchen aus der königlich Linie oder einen direkt vom Volk gewählten Verweser erklärt werden darf und die Weimarer Republik und deren Rechtsnachfolger (NS und BRD, aber nicht die DDR), zuletzt durch Kohl und Genscher am 17.07.1990 während den Verhandlungen über die Wiedervereinigung wiederholt erneut zu Protokoll erklärt haben keinen Friedensschluss und keine wirkliche Wiedervereinigung zu wollen, also alles getan haben, um die echte Wiedereinigung mit den Ostgebieten und den echten Friedensschluß zu verhindern, statt herbeizuführen, bleibt es beim Waffenstillstand vom Compiegne und fehlendem Friedensvertrag von Österreich-Ungarn.

Dies muss man trotz der Bereitschaft der ehemaligen Sowjetunion zum Friedensschluß und Rückgabe der Ostgebiete als Besatzer des russischen Staates durch die Oktoberrevolution als Fakt begreifen lernen. Einen Betrug erkennen ist eine Enttäuschung, aber das Wort bedeutet auch Ende der Täuschung.

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweiserückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Die Sowjetunion existiert nicht mehr und das russische Volk will nun auch den russische Staat samt Zar zurück. Putin versucht nun das schrittweise zu realisieren und hält die Ostgebiete wie ein heißes Eisen und würde diese gern den wirklichen Staatsangehörigen zurückgeben, findet aber nur getäuschte BRD-Bürger mit gefälschter Staatsangehörigkeit DEUTSCH vor, also kann und darf Putin die Gebiete nicht an die vermeintlich Falschen zurückgeben und zwar solange es die wirklichen Staatsangehörigen mit Heimatschein nicht gibt, folglich müssen wir wenn wir wirklichen Frieden haben wollen und die GEZ samt neofaschistisch-zionistischer Merkel-Diktatur wegen Fortführung ungültig zustande gekommener nationalsozialistischer Gesetze endlich loswerden wollen eine Verweserwahl 2017 machen, um den Staat wiederherzustellen.

Zur Verweserwahl gilt nur staatliches Wahlrecht bis einschließlich 27.10.1918 und darin sind „EU-Bürger“ nicht definiert, also auch nicht wahlberechtigt.

Ein von der EU eingeredetes Gewohnheitsrecht tritt frühestens nach 30 Jahren ohne Widerstand gegen einen Sachverhalt ein, aber der Widerstand war und ist beständig vorhanden gewesen, denn nur mit Betrug und Waffengewalt war es der BRD bisher möglich gewesen das NS-Unrecht auch illegal auf die DDR auszuweiten und fortzusetzen.

Es geht also bei der Frage des Personalstatuts und der gefakten Staatsangehörigkeit DEUTSCH auch um sehr viel geraubtes Land, Geld und Gold und das ist die „Büchse der Pandora“ von der Putin sprach, nämlich die Deutsche Frage nach den staatlichen Grenzen und den Reparationsansprüchen des Staates gegenüber der Weimarer Republik und deren Rechtsnachfolgern und damit auch gegenüber der BRD, da Putin immer noch bereit ist die Ostgebiete an die Deutschen im Sinne des RuStAG zurückzugeben.

Man zwingt uns aber durch immer neue Lügen, die sich im Auftrag der Bundesregierung kriminelle Thinktanks wie die Antonio Amadeu Stiftung ausdenken und ihre Falschdarstellungen der Geschichte an die Gemeinden schicken, um uns am Ende sogar noch als Reichsbürger zu verleumden und um vom BRD-Unrecht Betroffenen weiterhin eine gefälschte Staatsangehörigkeit aus dem Nationalsozialismus aufzuzwingen und man verweigert sogar den Posteingang der tatsächlichen Willenserklärung wieder in die kaiserliche Rechte einzutreten und dies unter Zeugen. Das ist Beihilfe zum Hochverrat gegen den Staat.

Man verweigert uns also die echte Staatsangehörigkeit mit dem Kaiseradler und dem Siegel der 26 kaiserlichen Bundesstaaten nach RuStAG 1913, die am 27.10.1918 galten und gibt unsere echte Staatsangehörigkeit den Migranten, sonst wären es ja nur Asylanten, obwohl sie gar kein Anrecht auf die kaiserliche Staatsangehörigkeit haben, nur um mit ihnen, den gelben Schein, der Weimarer Republik 2.0 und der UNO einen neuen neofaschistischen, islamischen Staat mit Hilfe der Gewalt der als Asylanten getarnten ISIS-Schläfer und der EU zu errichten. Dies ist die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dafür gesteht das Grundgesetz jedem ein Widerstandsrecht zu, siehe Artikel 20.4 Grundgesetz.

Mit der verbrecherischen Politik des Entzugs der Bodenrechte hat man in den heutigen USA damals die Indianer ausgerottet und deren Land ausgeplündert, erst mit Verweigerung ihrer Siedlungsrechte, dann mit Inbesitznahme des Landes durch Bestechung, dann mit Vertragsbetrug, dann mit Mord durch ein Söldnerheer. Wobei die Glasperlen, die man den betrunken gemachten Häuptlingen der Indianern für ihr wertvolles Land und Gold gab, in etwa dem Gelben Schein und der Staatsangehörigkeit DEUTSCH entspricht.

Dies alles geschieht durch den gefälschten Staatsangehörigkeitsausweis (sog. Gelben Schein) und den Personalausweis, der den Menschen ihre Recht entzieht und den Ausweisinhabern eine Firmenstruktur einer NGO aufzwingt, deren Geschäftsführerin Frau Merkel ist, so wie sich Sigmar Gabriel auf dem SPD-Parteitag ausdrückte. Zitat:

(1) Sigmar Gabriel (SPD) „Ich sage euch, wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungs-Organisation in Deutschland! Das ist was sie ist. (gefolgt von Applaus von der SPD)“

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweiserückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandsgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Das dies allein mit Personalstatus zusammenhängt hatte die Kriminalkommissarin Yvette Pfeiffer durch Einsichtnahme in Geheimdokumente im Bundestag bereits nachgewiesen und veröffentlicht, um das Volk und ihre Kollegen vor kriminellen Aktivitäten einiger Politiker zu schützen.

Das ISIS-Schläfer in die Polizei integriert (migriert) werden sollen hat nur den Zweck, daß diese Schläfer später ihre Kollegen umbringen sollen, genau wenn sich die Polizei hinter das Volk stellt. Den Antrag so zu verfahren kam von der Groko.

Die Politiker, die dieses Unrecht dem Deutschen Volk angetan haben und es weiter tun werden, haben nach den Gesetzen des Staates Hochverrat gegenüber dem Staat begangen und sie haben sich auch keine Mühe gegeben dies zu verheimlichen und geben es offen zu. Zwei Beispiele?

(2) Joschka Fischer, die Grünen: "Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas sind. Das wird immer wieder zu 'Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland heraus geleitet wird. Es ist vollkommen egal, wofür. Es kann auch radikal verschwendet werden - Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet."

(3) Jean-Claude Juncker EU-Parlament: Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Begründung der nachfolgenden Verfügung gegen die aufgezwungene, rechtswidrige EU-Bürgerschaft mittels rotem Reisepass und falscher Staatsangehörigkeit DEUTSCH

Ich habe zum Zwecke der schrittweisen Beweissicherung eine nach dem Gesetz kostenfreie Datenvollauskunft nach Bundesdatenschutzgesetz verlangt, habe aber abweichend von meiner klaren und deutlichen gesetzlichen Forderung nur Meldedaten nach dem Bundesmeldegesetz erhalten, die ich nicht verlangt habe und die rechtswidrig sogar Kosten verursacht haben.

Ich stelle also jetzt fest: Es wurde mir, entgegen der gesetzlichen Regelung, die Datenvollauskunft nach Bundesdatenschutzgesetz verweigert. Was immer der Grund dafür war – es manifestiert den Anfangsverdacht im Sinne des Strafrechts, daß die Behörde heimlich über das BMG hinaus weitere Daten speichert, deren Speicherung ich nicht erlaubt habe oder Daten enthalten, die wissentlich falsch sind, wie die Staatsangehörigkeit.

Folglich des Beweises und der Notwendigkeit der Einhaltung der gültigen Gesetze verfüge ich gegenüber der Meldebehörde folgendes:

- (1) Ich verfüge gegenüber allen Behörden des Bundes und des Landes die sofortige Löschung sämtlicher Daten, die nicht auf den mir bereits übermittelten Schreiben nach dem BMG enthalten waren, denn alle andere Daten hat man mir verweigert und folglich der Verweigerung der Offenlegung sind diese Daten gegen meinen Willen erhoben worden und sind damit illegal erhoben worden und könnten zusätzlich falsch sein.
- (2) Folglich der Verheimlichung der gespeicherten Daten betrachte ich alle nicht offengelegten und nicht genehmigten Daten grundsätzlich als gefälscht und gestohlen. Jegliche Verwendung von Daten, die nicht auf dem Schreiben nach BMG stehen oder falsch sind, werde ich folglich als Beweise einer datenschutzrechtlichen Straftat auffassen, weil meiner Löschanforderung in der R11 nicht nachgekommen wurde.
- (3) Ich behalte mir vor für den oder die Bearbeiter (1914: notstandsrechtlich die „Handelnden“), also diejenigen die korrekte Bearbeitung des Formblattes R11 verweigerten oder auch der Bearbeitung dieser Mahnung und Verfügung nicht nachkamen und die gefälschte Staatsangehörigkeit nicht sofort berichtigten, die private Vollhaftung unter Ladung von Zeugen zu beantragen. Beweismittel sind Fax-Sendebericht, Beleg über Einschreibbrief, Gedächtnisprotokoll der Zeugen)
- (4) Ich verfüge per Willenserklärung kein EU-Bürger zu werden, denn ich habe einen Reisepass des Staates verlangt und keinen der Weimarer Republik und keinen der EU, wobei die BRD als Teil der

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweiserückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatsangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

EU der Rechtsnachfolger der Weimarer Republik war, also Teil des Feindstaatenverbundes gegen das Deutsche Kaiserreich, also gegen den Staat.

- (5) Ich melde alle elektronischen Signaturen aus elektronischen Pads spätestens 21 Tage nach Abgabe der R11 (Faxsenderbericht) als gestohlen und gefälscht. Ich werde die heimliche Verwendung oder Speicherung als Straftat verfolgen lassen.
- (6) Ich verlange, daß die BRD nach EGBGB §50 und der Genfer Konvention ihrer Pflicht nachkommt, die Rechtstellung der Bundesstaatsangehörigkeit nach RuStAG zu bestätigen und die aufgezwungenen Scheinstaaatsangehörigkeit DEUTSCH mit sofortiger Wirkung zu beenden.
- (7) Ich betrachte jede offene und heimliche Fortführung der Personaleigenschaft (Personalstatus aktiv) gegen meinen deutlich vorgetragenen Willen als moderne Form der Sklaverei, die nach internationalen Abkommen, wie Genfer Konvention und HLKO strikt untersagt ist. Sofern die Gemeinde dieses Datenmerkmal lediglich als Feststellung des gewöhnlichen Aufenthaltsortes betrachtet, wird die Gemeinde aufgefordert entweder den Personalstatus auf inaktiv zu setzen oder dieses Merkmal ab sofort so zu benennen, daß jegliche Verwechslung mit entrechtetem Personal der BRD auch für die Zukunft ausgeschlossen ist.
- (8) Ich fordere die Gemeinde oder Meldebehörde unverzüglich auf zu bestätigen, daß ich kein EU-Bürger gegen meinen Willen allein auf Grund des Aufzwingens des roten EU-Reisepasses geworden bin, denn der grüne Reisepass wurde mir entweder verweigert oder die Geltungsdauer derart verkürzt, daß dies für einen Staatsangehörigen schon aufgrund der Gesetze des Staates über das Melderecht aus 1908 unzumutbar ist.
- (9) Ich fordere die Bestätigung der Rechtstellung als Deutscher nach RuStAG ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus dem Nationalsozialismus und die Korrektur anderslautender Eintragungen in den Pässen und Melderegistern.
- (10) Bis zur Verfügbarkeit staatlicher Pässe wird auch der Vermerk „Deutscher nach RuStAG 1913, kein EU-Bürger“Da auf den Seiten des Reisespasses vorläufig akzeptiert, wenn die ungehinderte Reise davon nicht beeinträchtigt wird.
- (11) Ich betrachte die Schreibweise (Ru)StaG also letztlich StaG als erneuten Versuch die Menschen in diesem Land zu betrügen und gehe dann von organisiertem Verbrechen mit vorsätzlichen Betrug nach 107a StGB und Fälschung der Meldedaten aus, was den Beweis erbringen würde, daß alle bisherigen Wahlen ungültig sind weil die Staatsangehörigkeit DEUTSCH ungültig ist.
- (12) Ich fordere Sie auf die heute noch lebenden königlichen Nachkommen nicht länger zu verleumden, zu bedrohen, zu verfolgen oder gar zu beseitigen, wie man es die letzten 100 Jahre getan hat, um mit solchen kriminellen Methoden die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Staates zu verhindern, denn das deutsche Volk stand immer hinter dem Kaiser. Auch heute noch hat das Kaiserreich ein hohes Ansehen überall auf der Welt und nach dem Grundgesetz geht alle Gewalt vom Volk aus. Auch das Reichsrecht des Kaisers geht nach Grundgesetz dem Bundesrecht vor, also halten Sie sich wenigsten an ihre eigenen Gesetze.
- (13) Ich fordere Sie auf nicht gegen den Willen des Deutschen Volkes mit dem aufgezwungenen EU-Reisepass eine neofaschistisch-zionistische EU-Diktatur mit rot-grün-islamischen Anstrich zu fördern oder zu errichten, denn dies ist kein wirksames Mittel, um sich vor Reparationen für die Kriegsschäden des Zweiten Weltkrieges gegenüber dem Deutschen Kaiserreich zu drücken, denn es war ein Krieg an dem der kaiserliche Staat nachweislich nicht beteiligt war und auch nicht gefördert hat. Nur die Weimarer Republik und deren Geheimlogen und Banken haben den zweiten Weltkrieg gefördert, finanziert und über Marionetten betrieben.

Beweis: Gutle Rothschild: "Wenn meine Söhne keinen Krieg wollten, gäbe es keinen".

- (14) Eine Kriegsschuld des Deutschen Kaiserreiches hat zu keinem Zeitpunkt bestanden. Auch der erste

Aufforderung und Mahnung bezüglich Formblatt zur Personalausweisrückgabe

auf Anordnung eines jeden Bundesstaatenangehörigen in der Funktion eines Notstandsleiters im Sinne der kaiserlichen Notstandgesetzgebung aus 1914 im Verfassungsnotstand mit Rechtsstand vom 27.10.1918 23:59 Uhr wegen Putsch der Weimarer Republik gegen den Staat im Sinne des RuStAG 22.Juli1913

Weltkrieg ging von Serbien aus und betraf Österreich-Ungarn, aber nicht das Deutsche Kaiserreich, welches lediglich Bündnispartner von Österreich-Ungarn war, folglich wird die Gemeinde hier aufgefordert SHAEF-Gesetz 52 zur Verhinderung des Nationalsozialismus nicht gegen mich und meine Familie sondern nur gegen genau die Behörde anzuwenden, die mich gegen meinen Willen weiter als Nationalsozialist behandeln will. Deren Vermögen ist dann einzuziehen, weil sie sich gegen staatliches Recht aufstellen und selbst unter staatliche Beaufsichtigung gehören.

- (15) Ich verlange mit sofortiger Wirkung die Rechtstellung als Deutscher nach RuStAG ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Hinter meinem Rücken mit Kopien meiner Unterschrift oder gar mittels elektronischem Pad heimlich erstellte gegenteilige Bekundungen sind von den Behörden aus politischen Gründen und Eigennutz gefälscht worden und haben keinerlei Rechtswirkungen.
- (16) Ich untersage ihnen und ihrer Behörde wegen dem Verlangen der Rechtstellung meiner kaiserlichen Staatsangehörigkeit, die nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, die strafrechtlich relevante Verleumdung und Beschimpfung als „Reichsbürger“, da dies von der Antonio Amadeu Stiftung mit Volksverhetzungsabsicht in die Öffentlichkeit gestreut wurde. Sollte ich oder meine Familie als „Reichsbürger“ behandelt oder beschimpft werden, wird dies für die Behörde und deren Verantwortliche ernste strafrechtliche Konsequenzen haben, denn die Fortführung nationalsozialistischer Gesetze und Ideologie ist nach Besatzungsrecht (SHAEF-Gesetz) und internationalen völkerrechtlichen Abkommen (HLKO) allen Untergliederungen der BRD strikt verboten. Es ist im Beamtenrecht oder bei deren gleichgestellten Bediensteten vorgesehen solche Personen aus dem öffentlich Dienst durch die Dienstaufsicht sofort entfernen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Kopie eines Reisepasses aus dem Jahr 1944 – bez. angeblicher Staatsangehörigkeit DEUTSCH

Copyright: Dieses Formblatt darf ohne Änderung von Jedermann kopiert werden und die zweckgebundene Verwendung durch Behörden ist im Sinne der Rechtssicherheit nach Grundgesetz Artikel 101 ausdrücklich erlaubt und erwünscht.
(Satz und Druck: 30.12.2016 <http://wiki.dnhw.net/index.php?title=Musterschreiben> 01/11/6003 - R12)